

Lernen am anderen Ort

Hinweise des Thüringer Kultusministeriums

GZ 31/51482; vom 12. März 2007

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen ist umfassend und kann nicht ausschließlich in schulischen Räumen erfüllt werden. Daher können die Schulen im Rahmen von schulischen unterrichtlichen oder außerunterrichtlichen Veranstaltungen Lernen auch außerhalb schulischer Gebäude also am anderen Ort vorsehen.

Die Formen des Lernens am anderen Ort sind vielfältig. Insbesondere gehören hierzu die bisher als Unterrichtsgänge, Exkursionen, Studienfahrten, Wandertage, Schullandheimaufenthalte, Klassen-, Kurs- und Gruppenfahrten, Teilnahme an Wettbewerben sowie als Schülerbetriebspraktikum bekannten Formen der schulischen Vermittlung von Kenntnissen und Entwicklung von Kompetenzen. Andere Formen des Lernens am anderen Ort können hinzutreten.

Regelungen zu berufsausbildungsbezogenen Praktika bleiben unberührt.

Rahmenbedingungen

Unter Berücksichtigung der Profilbildung der jeweiligen Schule entscheidet die Schulkonferenz über grundsätzliche Fragen zum Lernen am anderen Ort. Hierzu zählen Festlegungen der Grenzen im Hinblick auf Häufigkeit und Dauer des Lernens am anderen Ort, der zeitlichen und geografischen Lage sowie der finanziellen Belastung der Eltern.

Planung

Aufgrund der möglichen erheblichen Besonderheiten der einzelnen Maßnahmen des Lernens am anderen Ort bedürfen die einzelnen Vorhaben unterschiedlicher planerischer Vorarbeiten. Allen Veranstaltungen ist jedoch gemein, dass sie einen direkten Bezug zum schulischen Lernen aufweisen müssen und eingebettet sind in das weitere schulische und unterrichtliche Geschehen.

Die Maßnahmen müssen den Festlegungen der Schulkonferenz zum Lernen am anderen Ort entsprechen und sind organisatorisch innerhalb der Schule abzustimmen. Hierzu zählen beispielsweise die Sicherstellung ggf. erforderlicher weiterer Begleitpersonen, die Absicherung ggf. erforderlichen Vertretungsunterrichts. Insbesondere ist die Gesamtfinanzierung vor Maßnahmebeginn sicherzustellen, da der Aufwand für Lernen am anderen Ort kein Schulaufwand im Sinne des § 3 ThürSchFG ist und für den Schulträger keine Verpflichtung besteht, diesen Aufwand zu tragen.

Alle geplanten Veranstaltungen sind vorher vom durchführenden Lehrer mit dem Schulleiter abzustimmen und bei ihm zu beantragen. Alle Maßnahmen im Rahmen von Lernen am anderen Ort bedürfen der Genehmigung durch den Schulleiter, Auslandsreisen bedürfen zusätzlich der Genehmigung durch das Staatliche Schulamt.

Die durchführenden Lehrer bedürfen zusätzlich einer Genehmigung der Maßnahme als Dienstreise. Insoweit gelten die allgemeinen Bestimmungen.

Mit dem Antrag sind in Abhängigkeit von der konkreten Maßnahme die erforderlichen Genehmigungsvoraussetzungen nachzuweisen. Hierzu gehören die Einverständniserklärung der Eltern oder der volljährigen Schüler zur Teilnahme an der Veranstaltungen und zur Übernahme entstehender Kosten. Die finanzielle Belastung der Veranstaltung muss für Eltern bzw. volljährige Schüler zumutbar sein. Die Bereitschaft zur Teilnahme und zur Kostentragung, einschließlich der Kosten einer notwendigen vorzeitigen Heimreise ggf. auch einer erforderlichen Begleitperson ist von den Eltern bzw. volljährigen Schülern zu erklären.

Für das Schülerbetriebspraktikum wählt der Schüler in eigener Initiative nach seinen Neigungen und Interessen mit Unterstützung der Schule einen Praktikumsbetrieb. Die von den Schülern ausgewählten Praktikumsbetriebe bedürfen der Bestätigung durch den Schulleiter. Nach Bestätigung schließt der Schüler oder seine Eltern mit dem Praktikumsbetrieb eine Praktikumsvereinbarung ab.

Beim Schülerbetriebspraktikum sind die beteiligten Schüler über den Schulträger haftpflichtversichert. Der Schüler darf keine Tätigkeiten ausführen, die gesetzlich oder nach den Vorschriften der Berufsgenossenschaften für Jugendliche verboten sind. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der ergänzenden Vorschriften.

Durch das Betriebspraktikum wird weder ein Ausbildungs- noch ein Beschäftigungsverhältnis begründet. Die Zahlung eines Entgelts an die Schüler ist nicht zulässig. Eine amtsärztliche Untersuchung der Schüler ist in der Regel nicht notwendig. Schüler, die ein Betriebspraktikum in ernährungswirtschaftlichen Betrieben (z. B. Lebensmittelgeschäften, Gaststätten) oder pflegerischen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Krankenhäusern) ableisten, haben vor Beginn des Betriebspraktikums eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes oder eines vom Gesundheitsamt beauftragten Arztes nach Maßgabe des Infektionsschutzgesetzes vorzulegen; die eventuell anfallenden Kosten trägt der Schulträger. Im Regelfall trägt der zuständige Landkreis oder die kreisfreie Stadt die Kosten der Schülerbeförderung zum Praktikumsbetrieb.

Kann ein Schüler einer Klasse oder Lerngruppe an einer Maßnahme im Rahmen von Lernen am anderen Ort nicht teilnehmen, prüft der Schulleiter, ob die geplante Maßnahme ausnahmsweise dennoch für die Klasse oder die Lerngruppe durchgeführt werden kann. Der verhinderte Schüler nimmt an anderem Unterricht teil.

Art und Umfang der Aufsicht richten sich nach den konkreten Umständen der jeweiligen Veranstaltung sowie dem Alter und der Reife der Schüler.

Weitere Begleitpersonen können durch den durchführenden Lehrer im Einvernehmen mit dem Schulleiter mit der Aufsicht beauftragt werden. Die Verantwortung für die Aufsicht verbleibt beim durchführenden Lehrer.

Bei mehrtägigen Veranstaltungen, bei Veranstaltungen mit mehreren Klassen oder größeren Gruppen, bei Fahrradfahrten sowie bei Fahrten ins Ausland hat eine weitere Begleitperson teilzunehmen. Bei mehrtägigen Veranstaltungen mit koedukativ geführten Gruppen ist eine weibliche und eine männliche Begleitperson erforderlich; in der Grundschule kann auf eine männliche Begleitperson verzichtet werden.

Wenn möglich, sind öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Der Schulleiter kann die Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen gestatten, wenn diese durch Lehrkräfte geführt werden und das Fahrtziel sonst nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand zu erreichen ist. Die Beförderung der Schüler mit privatem Pkw durch Lehrkräfte erfordert das Einverständnis der Eltern. Das Führen von Kraftfahrzeugen durch Schüler ist in jedem Fall unzulässig.

Vorbereitung

Geplante Maßnahmen im Rahmen von Lernen am anderen Ort sind rechtzeitig und ausreichend mit den Schülern und den Eltern zu erörtern.

Für Schüler besteht gesetzlicher Unfallversicherungsschutz für alle Tätigkeiten, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Veranstaltungen stehen. Der Versicherungsschutz umfasst auch Wegeunfälle. Nicht versichert sind Tätigkeiten, die ausschließlich dem privaten Bereich (z. B. Essen, Schlafen, Waschen) zuzurechnen sind, sowie die Zeiträume, für die individuelle Freizeit gewährt wird.

Angestellte Lehrkräfte und Begleitpersonen, die mit Aufsichtsaufgaben beauftragt wurden, sind ebenfalls gesetzlich unfallversichert. Für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis tritt die beamtenrechtliche Unfallfürsorge ein.

Die Schüler und Eltern sind über die Kosten, den gesetzlichen Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz und individuelle Freizeitmöglichkeiten sowie gegebenenfalls über den Abschluss einer Reiserücktrittsversicherung, einer Auslandsrankenversicherung und über die Möglichkeit, eine private Haftpflicht- und Unfallversicherung abzuschließen, zu informieren. Zur Vorbereitung gehört auch die Belehrung der Schüler über Gefahren und einschlägige Sicherheitsbestimmungen. Bei sportlichen Aktivitäten gelten die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften, insbesondere die Verwaltungsvorschrift "Sicherheit im Schulsport". Bei Benutzung von Fahrrädern müssen die Eltern hierzu ihr schriftliches Einverständnis erklärt haben. Es besteht Helmpflicht.

Die Eltern haben die Schule über gesundheitliche Beeinträchtigungen ihres Kindes zu informieren, die im Rahmen des Vorhabens bedeutsam sein können. Für die Wahrnehmung individueller Freizeit der Schüler muss durch die Eltern die Erlaubnis schriftlich erteilt werden.

Notwendige Verträge beispielsweise mit Beherbergungsunternehmen, Reiseveranstaltern, Beförderungsunternehmen sind vom durchführenden Lehrer im Namen der Eltern der minderjährigen Schüler bzw. im Namen der volljährigen Schüler erst dann abzuschließen, wenn die hierfür erforderlichen Zahlungen der Eltern oder der volljährigen Schüler vorab geleistet wurden.

Durchführung

Dem durchführenden Lehrer obliegt die Aufsichtspflicht über die Schüler.

Zu den Veranstaltungen ist Erste-Hilfe-Material nach der geltenden DIN mitzunehmen. Eine Begleitperson muss über Kenntnisse in Erster Hilfe verfügen. Hat sich ein Unfall oder ein Krankheitsfall ereignet, ist sofort für Erste Hilfe zu sorgen. Ist ärztliche Hilfe erforderlich, so bleibt eine Begleitperson in der Regel bis zum Eintreffen des Arztes beim verletzten oder erkrankten Schüler. Dessen Eltern und der Schulleiter sind umgehend zu benachrichtigen.

Nach einem Unfall im Praktikumsbetrieb ist bei einem Betriebspraktikum die Schule unverzüglich zu informieren. Es gilt das gleiche Meldeverfahren wie bei Schulunfällen. Der Betrieb zeigt den Unfall auch seinem Versicherungsträger an.

Schüler, die durch grobes Fehlverhalten Ablauf und Gelingen der Veranstaltung gefährden, können nach vorheriger Rücksprache mit dem Schulleiter von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen und noch vor deren Beendigung auf eigene Kosten zurückgeschickt werden, wenn pädagogische Maßnahmen nach § 51 Abs. 1 ThürSchulG nicht zum Erfolg führen. Dazu hat der Leiter der Veranstaltung den

Schulleiter über das Fehlverhalten des Schülers in geeigneter Form zu unterrichten und die Eltern zu informieren. Ob der Schüler bei der Heimreise zu begleiten ist, ist im Einzelfall zu entscheiden. Die Fahrtkosten für die Begleitperson sind von den Eltern des ausgeschlossenen Schülers zu tragen.

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

In-Kraft-Treten

Diese Hinweise treten am 1. April 2007 in Kraft.

Erfurt, den 12. März 2007

Kjell Eberhardt
Staatssekretär